



Medienmitteilung

Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU), 26. Mai 2020

Offener Brief an die G20-Staaten zur Bewältigung der Corona-Krise

Gesundheitsorganisationen und Gesundheitsfachleute fordern gesunde Genesung der Wirtschaft

Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) schliessen sich der Forderung von **über 350 Gesundheitsorganisationen** mit insgesamt über 40 Millionen MedizinerInnen, Pflegefachpersonen und weiteren Gesundheitsfachleuten aus 90 Ländern an: Die Regierungen der G20-Staaten sollen den Gesundheits- und Umweltschutz in ihren Konjunkturprogrammen zur Bewältigung der Corona-Krise verankern. Vier weitere Organisationen aus der Schweiz unterzeichneten den Aufruf. Die AefU rufen den Schweizer Bundesrat und das Parlament auf, diese Forderungen auch in ihre Entscheide einfließen zu lassen.

In den nächsten Monaten werden die Regierungen der G20-Staaten zur Stützung der Wirtschaft enorme Investitionen in die Gesundheitsversorgung, den Verkehr, die Energieerzeugung und in die Landwirtschaft tätigen. Diese Konjunkturprogramme müssen den Schutz der Umwelt und die Gesundheitsförderung sicherstellen. Das fordern Gesundheitsorganisationen **weltweit in einem offenen Brief**.¹

Corona traf auf vorbelastete Menschen

Die Gesundheitsorganisationen schreiben: «In kurzer Zeit haben wir Tod, Krankheit und psychische Belastung erfahren, auf einem seit Jahrzehnten nicht mehr erlebten Niveau. Diese Auswirkungen hätten teilweise durch angemessene Investitionen in Pandemie Prävention, öffentliche Gesundheit und Umweltverantwortung gemildert oder möglicherweise sogar verhindert werden können. Wir müssen nun aus diesen Fehlern lernen, um stärker, gesünder und belastbarer» aus dieser Krise herauskommen.

Gesundheits- und Umweltschutz: Widerstandskraft fördern

Um mit dem Wiederaufbau eine gesunde Wirtschaft zu erreichen, müssen die G20-Staaten «intelligentere Anreize im Dienst einer gesünderen, widerstandsfähigeren Gesellschaft» schaffen, verlangen die Organisationen und mit ihnen die AefU. Damit die Wirtschaft wirklich genesen kann, dürfen wir die bisherige Verschmutzung der Luft, die wir atmen und des Wassers, das wir trinken, nicht mehr zulassen, ebenso wenig den ungebremsten Klimawandel und die fortschreitende Entwaldung, **die neue Gesundheitsbedrohungen für bereits gefährdete Bevölkerungsgruppen** nach sich ziehen kann.

¹ Hier finden Sie die **InitiatInnen des Briefs**.

Klimaschutz: z.B. fossile durch erneuerbare Energiequellen ersetzen

Würden die G20-Regierungen z. B. die Subventionen für fossile Brennstoffe abschaffen und die Produktion erneuerbarer Energien fördern, «wäre unsere Luft sauberer und die Treibhausgas-Emissionen» würden «massiv abnehmen. Dadurch könnten wir wirtschaftlichen Aufschwung erreichen, der bis zum Jahr 2050 zu einem globalen **BIP-Gewinn von fast 100 Billionen US-Dollar führen könnte**», stellen die Gesundheitsorganisationen in ihrem Brief fest.

Luftreinhaltung: Millionen vorzeitige Todesfälle vermeiden

Seit Jahrzehnten schädigt die Luftverschmutzung unsere Gesundheit – Hauptverursacher sind der motorisierte Individual- und der Lastwagenverkehr, die Brennstoffe zum Kochen und Heizen in den Haushalten, die Kohlekraftwerke, die Verbrennung fester Abfälle und die industrielle Landwirtschaft. Die Luftschadstoffe erhöhen das Risiko und die Schwere von Lungenentzündungen, chronisch obstruktiven Lungenkrankheiten, Lungenkrebs, Herzkrankheiten und Schlaganfällen. **Jedes Jahr verursachen sie weltweit sieben Millionen vorzeitige Todesfälle.** Auch die Luftverschmutzung kann niedriges Geburtsgewicht und Asthma bei Neugeborenen bewirken, was unsere Gesundheitssysteme zusätzlich belastet. Dies gilt es in Zukunft zu verhindern.

«Gesunde Gesellschaft»

«Was die Welt jetzt braucht, ist eine gesunde Genesung (#HealthyRecovery)» schreiben die Organisationen. **Die Konjunkturpläne der G20-Staaten müssten ein Rezept genau dafür sein.** Dazu muss sich u.a. der Gesundheitsschutz an den Schwächsten unter uns orientieren, die Arbeitswelt darf die Umwelt und Natur nicht weiter schädigen, in Städten erhalten FussgängerInnen, Radfahrende und Fahrgäste im öffentlichen Verkehr Vorrang, Gewässer und Himmel werden geschützt und sind sauber. Die Natur gedeiht und unser Körper ist widerstandsfähiger gegen Infektionskrankheiten.

Auch der Bundesrat muss handeln

Die Schweiz gehört nicht zu der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20). Sie wurde aber für dieses Jahr von Saudi-Arabien, das zur Zeit die G20-Präsidentschaft innehat, als Gastland eingeladen. Die Schweiz nimmt erstmals am G20-Gipfel der Staats- und Regierungsoberhäupter und damit an allen Ministertreffen und in allen Arbeitsgruppen teil. In einem Brief an Bundespräsidentin Sommaruga fordern die AefU den Bundesrat deshalb auf, sich bei der G20 für die Forderungen der über 200 Gesundheitsorganisationen aus mehr als 90 Ländern einzusetzen.

Kontakt:

Dr. med. Bernhard Aufderreggen, des. Präsident AefU	079 639 00 40
Dr. Martin Forter, Geschäftsleiter AefU	061 691 55 83